

bhutanischen Regierung gefördert wurde.

Diese übereinstimmenden Strukturen muß man vor Augen haben, wenn man die seit fünf Jahren laufenden Verhandlungen der Eliten von Bhutan und Nepal oder die Versuche einer Einbeziehung der indischen Seite bewerten will. Man muß sich fragen:

Welche Chancen hat die nepalische Seite, wenn sie das Vorgehen der bhutanischen Regierung gegenüber den Lhotshampa kritisiert, angesichts der Diskriminierung der indischstämmigen Bevölkerung des Terai? Wie kann unter diesen Voraussetzungen Indien, das seit

langem die nepalische Politik gegenüber den Madhesi, der indischen Bevölkerung des nepalischen Terai, kritisiert, zur Vermittlung im Konflikt bewegt werden? Wie können sich Politiker oder Menschenrechtler in Nepal für die Rechte der bhutanischen Lhotshampa einsetzen, während sie gleichzeitig zu den ethnischen Diskriminierungen im eigenen Land schweigen? Wie können sie sich für die Flüchtlinge aus Bhutan einsetzen und gleichzeitig die tibetischen Flüchtlinge, die nach Nepal kommen, als Kriminelle bezeichnen und an die Chinesen ausliefern bzw. zu dieser Auslieferung schweigen?

Diese bislang unbeantworteten Fragen zeigen, daß das Problem der bhutanischen Flüchtlinge nicht bilateral von Bhutan und Nepal gelöst werden kann. Die Grenzen stellen im Himalaya keine ethnischen Schranken dar. Wenn man mit Begriffen wie dem westlichen der Menschenrechte argumentiert, ergeben sich Verknüpfungen von Problembereichen, die im gesamten Himalayaraum anzutreffen sind, ohne Rücksicht auf die jeweilige Staatszugehörigkeit. Es geht um die Repräsentation, Beteiligung und Integration der zahlreichen, kulturell zum Teil sehr unterschiedlichen Völker dieser Weltgegend.

Erster Friedensmarsch nach Thimphu gescheitert

von Ludmilla Tüting

Der erste Versuch, durch einen Friedensmarsch Thimphu zu erreichen, scheiterte nach genau acht Monaten am 16. August im Grenzort Phuntsoling. Ziel der Aktion, die demnächst wiederholt werden soll, ist die Übergabe einer Petition an den König durch bhutanische Flüchtlinge aus Nepal. Erbeten werden soll die Rückkehr der Flüchtlinge. Eine persönliche Übergabe stehe jedem Flüchtling laut königlichem Erlaß vom 13. Januar 1992 zu. Während des ersten Marsches waren fast 2.000 Flüchtlinge verhaftet worden, als sie zwischen Nepal und Bhutan durch indisches Territorium wanderten. Die letzten 791 kamen Mitte Juli frei, nachdem der Calcutta High Court am 4. Juli die bedingungslose Freilassung angeordnet hatte. Deshalb gaben auch 142 Inhaftierte einen 15tägigen Hungerstreik auf. Ein 50 Jahre alter Friedensmarschierer war am 13. Juni im Gefängnis aus unbekanntem Gründen gestorben. Vermutet werden Folgeverletzungen nach einem Schlagstockeinsatz der Polizei am 3. Mai. Während einer Beerdigungsprozession mit buddhistischen Riten am 19. Juni, die in Richtung Bhutan führte, prügelten drei Dutzend indische Polizisten die 300 Teilnehmer zusammen. Der Sarg mit dem Toten fiel dabei in ihre Hände.

Am 15. August gelang es 50 Flüchtlingen, darunter 14 Frauen, die Grenze in Phuntsoling zu überqueren. Sie wurden jedoch sofort festgenommen und am nächsten Tag an verschiedenen Stellen des indischen Distrikts Jalpaiguri ausgesetzt, wobei die meisten aus fahrenden Autos gestoßen wurden. Einige erlitten Verletzungen. An einer Großdemonstration beteiligten sich nach Angaben des 'Appeal Movement Coordination Council' (AMCC) in der indischen Stadt Siliguri mindestens 10.000 Flüchtlinge und mehrere hundert indische Unterstützer. Ihre Kritik richtete sich auch gegen den Umstand, daß bhutanische Sicherheitskräfte offensichtlich "frei auf indischem Boden operieren und 50 Personen von dort aus deportieren konnten". 90 Prozent aller Haushalte der in den nepalischen Lagern lebenden Flüchtlinge unterschrieben eine Petition an den indischen Premierminister, den König von Bhutan und an die UN, erklärte AMCC. In den Camps leben rund 90.000 Flüchtlinge.

Die Nationalversammlung Bhutans verlangt derweil von Nepal die Auslieferung von Rongthong Kuenley, einem angesehenen "Shar chop" aus Ost-Bhutan, der im Exil die Partei 'Druk National Congress' gründete. Kuenley, ein sehr vermöglicher älterer Herr, schulde dem Staat angeblich über 12

Millionen Nu (ca. 700.000 DM), so die einzige Zeitung Bhutans 'Kuensel' am 6. Juli in einer Schwerpunktausgabe zur Problematik der "Anti-Nationalen" bzw. "Terroristen" (offizielle Bezeichnung der Flüchtlinge). Kuenley ist der Koordinator der neugründeten 'United Front for Democracy in Bhutan' (UFDB), die in Bhutan selbst tätig werden will.

Laut 'Kuensel' wurde die Nationalversammlung von König Jigme Dorji Wangchuck aufgeklärt, daß Bhutan das "einzige Land der Welt" sei, das "Angehörige von Anti-Nationalen weiterhin im Staatsdienst beschäftige und sie anderen Bürgern gleichstellt". Innenminister Dago Tshering gab aktuelle Zahlen über Inhaftierte bekannt. Insgesamt seien bisher 1.685 "Anti-Nationale" im Rahmen von Amnestien freigelassen worden, 89 seien verurteilt worden und säßen ihre Strafen ab, neun seien vom Hohen Gericht freigesprochen, 45 nach Verbüßung ihrer Strafe entlassen worden. Augenblicklich gebe es keine Verfahren mehr.

Nach Angaben des 'Far Eastern Economic Review' vom 25. Juli ignoriert Bhutan eine Resolution des Europa-Parlaments vom März diesen Jahres, in der eine rasche Lösung des Flüchtlingsproblems angemahnt wird. Außenminister Dawa Tshering habe sie mit dem Hinweis zurückgewiesen, eine große Anzahl der Flüchtlinge in Nepal sei niemals Bürger seines Landes gewesen. Ebenfalls dem 'Kuensel' ist zu entnehmen, daß der derzeitige Staatshaushalt Bhutans zu 52,7 Prozent durch Schenkungen (grants) aus dem Ausland finanziert werde. 33,4 Prozent stammten aus eigenen Einnahmen, die restlichen 13,9 Prozent müsse man sich von "externen Quellen" leihen.

In Nepal verstärkt sich die Kritik an der Unfähigkeit der diversen nepalischen Regierungen, deren Verhandlungen mit Bhutan zu keinen Ergebnissen führten. Die Gründe seien ungenügender Sachverstand, schwache Diplomatie und mangelnde Priorität. Letztere wurde Anfang August von Tourismus-Minister Chakra P. Basola während einer Diskussionsveranstaltung mit amnesty international in Kathmandu bestätigt: "Meine Regierung ist an dem Problem nicht beteiligt. Es ist ein Problem zwischen der Regierung von Bhutan und den bhutanischen Flüchtlingen". Der bisherige Außenminister Prakash C. Lohani dagegen kündigte zum selben Zeitpunkt neue Verhandlungen an, betonte aber, daß sich die Flüchtlinge bis zu ihrer Rückkehr in den Lagern aufhalten müßten. Indien hält sich unverändert aus dem Problem heraus, obwohl die Flüchtlinge aktive Lobbyarbeit betreiben.